

- 5 -

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 14. Sitzung des Bundesrates vom 21. Februar 1958

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Dr. Holenstein.
Abwesend: HH. Etter (Urlaub), Streuli (Urlaub)
Schriftführer: Hr. Weber
Protokolle: Das Protokoll der 10. Sitzung wird ge-
nehmigt.
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 15

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Agrément für den neuen Botschafter der Bundesrepublik
Deutschland

Als Diskussionsgrundlage liegen vor die Kopie eines Briefes des Vorstehers des EPD vom 18. Februar 1958 an unsern Botschafter in Köln und dessen Antworttelegramm vom 20. Februar 1958 (s. Beilage). Herr Petitpierre gibt ferner bekannt, wie sich die Mitglieder der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu dieser Frage geäußert haben. Die Herren Schuler, Rohr, Condrau und v. Greyerz hielten dafür, dass man nun das Agrément erteilen sollte. Herr Schaller glaubte, man sollte noch eine Demarche machen, um auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, denen der neue Botschafter bei uns begegnen werde. Wenn Bonn darauf beharrt, sollte man das Agrément erteilen. Die sozialdemokratischen Mitglieder hätten sich nicht geäußert, was nach der Lage der Dinge als stillschweigendes Einverständnis aufgefasst werden musste. Auf Grund dieser neuen Elemente für die Beurteilung der Angelegenheit, sollte der Bundesrat eine positivere Stellung einnehmen, als im erwähnten Brief an unseren Botschafter in Köln. Der Bundesrat sollte mindestens sagen, er sei grundsätzlich bereit, das Agrément zu erteilen, möchte aber gleichzeitig darauf aufmerksam machen, dass Herrn Mohr eine schwierige Aufgabe bevorstehe. Herr Petitpierre würde dieser Lösung zustimmen, wenn damit eine einstimmige Beschlussfassung des Rates erreicht werden könnte. Persönlich allerdings würde er vorziehen, dass das Agrément ohne weiteres erteilt wird, also ohne eine solche "Warnung". Es stelle sich die weitere Frage, ob man von den Deutschen eine Zusicherung verlangen wolle, dass Herr Mohr nach Erteilung des Agréments wirklich den Posten übernehmen werde. Auf einen solchen Schritt sollte man verzichten. Aus der Diskussion ergibt sich, dass ausser Herrn Feldmann alle Mitglieder der Auffassung sind, dass man das Agrément ohne weitere Erklärungen erteilen sollte. Herr Feldmann teilt die allgemeine Auffassung, dass man ev. auf eine direkte Frage-



stellung betreffend Uebernahme des Postens verzichten sollte, doch könnte unser Botschafter gesprächsweise verlauten lassen, dass man gehört habe, dass von dieser Eventualität die Rede gewesen sei. Was die Sache selbst anbelangt, sei er der Meinung, dass man erklären solle, man sei bereit, das Agrément zu erteilen, mache aber auf die Schwierigkeiten aufmerksam, denen die Mission des Herrn Mohr in unserem Volke begegnen werde. Der Rat möge aber entscheiden. Einstimmigkeit sei nicht unbedingt erforderlich.

Es wird beschlossen den formellen Entscheid am nächsten Dienstag zu fällen. Auf eine Intervention in Bonn in der Zwischenzeit wird verzichtet. Die Oeffentlichkeit soll durch den Vorsteher des EPD auf Grund einer Pressekonferenz unterrichtet werden.

Justiz- und Polizeidepartement

Spöl-Nationalpark, Herausgabe des Gutachtens des Justiz- und Polizeidepartements

Nach einer Aussprache über das Für und Wider der Herausgabe des Gutachtens einigt man sich dahin, dass Herr Feldmann das Geschäft zurücknimmt. Er will persönlich mit Herrn Nationalrat Akeret reden und ihn über die Bedenken, die gegen eine Herausgabe geäußert wurden, orientieren. Er werde ihm sehr deutlich sagen, dass der Bundesrat das Gutachten nur herausgeben könnte, zur persönlichen Information von Herrn Akeret als Parlamentarier, dass es aber nicht Aufgabe des Bundesrates sein könne, dem Aktionskomitee damit Munition für den politischen Kampf zu liefern. Je nachdem wie Herr Akeret reagiere, werde er Herrn Lepori unterrichten. Unter diesen Voraussetzungen erklärt sich Herr Lepori mit dem neuen Vorschlag einverstanden. Eine Herausgabe an den Privatmann Beck, dem jede Legitimation für ein solches Begehren fehlt, wird abgelehnt.

U m f r a g e

Hr. Chaudet

Initiative betreffend Herabsetzung der Wehrpflicht von 60 auf 48 Jahre

Im Zusammenhang mit einer kurzen Stellungnahme zu dieser Initiative macht Herr Chaudet Ausführungen über eine Reihe von Problemen, in denen sich schwerwiegende Entscheidungen aufdrängen. Die Militärdelegation des Bundesrates ist einberufen. Der Bundesrat sollte bereit sein, diesen Fragen anfangs April die nötige Zeit zu widmen. Gegebenenfalls könnte sogar eine Session von 2 - 3 Tagen nötig werden. Der Herr Bundespräsident fordert die Ratsmitglieder auf, die erhaltenen Unterlagen zu studieren. Er nimmt vorläufig eine ganztägige Sitzung in Aussicht und weitere Sitzungen nach Bedarf.

Abstimmung über den BB betr. Instruktionsdienste für OW und Ter.Kp.
Herr Chaudet hat ein Schreiben der BK erhalten, in welchem die Frage aufgeworfen wird, ob die Austeilung der Vorlage über diese Militärdienstleistungen an die Stimmberechtigten nicht das Abstimmungsresultat über die Bundesfinanzordnung beeinflussen könnte. Der Rat glaubt nicht, dass dies der Fall sein könnte, doch soll der Vorsteher des FZD dazu noch Stellung nehmen können.

Hr. F e l d m a n n

Veritas Basel. Wiedererwägungsgesuch

Der BR hat am 7. Januar die Anmerkung dieser Firma als Revisionsstelle widerrufen wegen Beteiligung zweier Mitglieder des Verwaltungsrates an einem Gründungsschwindel. Die Firma ersucht nun diesen Entscheid in Wiedererwägung zu ziehen, nachdem sie nun bereit sei, den beiden Fehlbaren die Unterschriftsberechtigung zu entziehen. Herr Feldmann möchte wissen, ob grundsätzliche Bedenken dagegen bestehen, dass er der Firma erkläre, das JPD sei bereit, dem Bundesrat Antrag zu stellen, auf seinen Entscheid zurückzukommen, wenn sie ihre Absicht gegenüber den beiden Fehlbaren verwirkliche. Die Frage des Herrn Bundespräsidenten, ob damit auch ein Ausscheiden aus dem Verwaltungsrat verbunden sei, wird von Herrn Feldmann bejaht. Der Rat hat gegen das beabsichtigte Vorgehen des Vorstehers des JPD nichts einzuwenden.

Präsidialvorbringen

2000 Jahre Nyon.

Das Schreiben der Municipalité de Nyon in dieser Angelegenheit geht an die BK zur Abklärung, welche grundsätzlichen Beschlüsse der Rat über die Beteiligung an solchen Veranstaltungen gefasst hat.

Zentralschweizerisches Technikum

Der Rat hat nichts dagegen einzuwenden, dass Herr Holenstein dieser Einladung Folge leistet.

Mitbericht des FZD zum BB über Zivilschutz

Auf die Frage des Herrn Bundespräsidenten, ob dringende Geschäfte anzumelden sind, bei denen eine Anwesenheit von Herrn Streuli erwünscht wäre, teilt Herr Feldmann mit, dass man sich noch erkundigen sollte, ob das FZD seinen Mitbericht zuder im Titel erwähnten Vorlage vorbereitet habe.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 13. Sitzung vom 18. Februar 1958 wird unverändert genehmigt.